

Arbeiterblatt

DER

PROLETARISCHEN VEREINIGUNG ÖSTERREICHS

Nummer ~~200~~ 210

April - Mai 1967

Zum 1. Mai - Gegen Ausbeutung und Lohnraub !

Für die e c h t e 40 - Stunden Woche!

Für gesetzlichen Mindestlohn von 13 S die Stunde !

Arbeiter und Angestellte !

Jungarbeiter und Jungangestellte !

6% der Herzinfakte treten heute schon im zweiten oder dritten Lebensjahrzehnt auf! In einem Alter, in dem sie früher nie vorkamen! (Siehe AZ 9.2.67, S.4). Diese Tatsachen beleuchten grell Eure wirkliche Lage, beweist, was das Gesamtergebnis der so gepriesenen "Besserungen" Eures Lebensstandards ist:

Für die magere Erhöhung der Geldlöhne, Geldgehälter und für die sozialpolitischen Verbesserungen - deren gesamte Kosten ohnehin ihr selbst letzten Endes trägt! - dafür müsst Ihr bei weitem mehr hergeben als ihr erhaltet! Nämlich an körperlicher, vor allem Nervenkraft! Mehr als ihr fähig seid wieder zu ersetzen!

Denn Tempo und Ausmass Eurer Ausbeutung werden fortschreitend gesteigert! In erster Linie durch kapitalistisches "Steigern der Produktivität", zwecks Vergrößerung des Profits, worin die verstaatlichten (lies: staatskapitalistischen!) Unternehmen an der Spitze stehen.

Die Zeit, die Eurer Erholung dienen soll, reicht dazu immer weniger aus. Eure Ermüdung nimmt zu. Eure Arbeitskraft wird durch die Ausbeutungsoffensive immer mehr untergraben - schon in Eurer Jugend! Die Zahl der chronisch Erkrankten und Frühinvaliden wächst. Euer schwer verdienter Lebensabend wird getrübt, verkürzt!

Ein immer kleinerer Teil Eurer Arbeitsleistung kommt Euch zugute, ein immer grösserer Teil den Kapitalisten, deren Profite so ins Uferlose wachsen. Der tatsächliche Lohn, Gehalt der Arbeiter, Angestellten reicht immer weniger aus, um seine Familie halbwegs ordentlich zu erhalten. Daher nehmen die Überstunden zu! Daher sind immer mehr Arbeiter-, Angestelltenfrauen gezwungen, sich der kapitalistischen Ausbeutung zu unterwerfen! Schlagende Beweise, wie es mit Eurem "höherem Lebensstandard" wirklich steht: im Vergleich zu den immer riesiger anschwellenden Profiten der Unternehmer bleibt Euer Lohn, Gehalt immer wieder, immer weiter zurück!

Dieses masslose Steigern Eurer Ausbeutung wird begleitet: von einem immer wieder verschärften Lohnraub (Erhöhung der Preise, Tarife, Steuern, Mieten); von einer zunehmenden Unsicherheit der Existenz - u.a. als Folge der kapitalistischen Automation.

Unausgesetzt wird diese kapitalistische Ausbeutungs- und Lohnrauboffensive gegen Euch vorgetrieben. Ihr Gesamtergebnis, trotz Lohn-, Gehaltserhöhungen, trotz sozialpolitischer Verbesserungen:

Eure Gesundheit wird immer früher, immer weiter untergraben und im Vergleich zur Kapitalistenklasse verschlechtert sich Eure Lage immer mehr!

Arbeiter, Angestellte! Dagegen müsst ihr Euch wehren, denn die Profit- und Lohnraubgier der Ausbeuterklasse ist grenzenlos! Daher ernsten, solidarischen Kampf:

Für die echte gesetzliche 40 - Stundenwoche - ohne Intensivierung der Arbeit, ohne die Löhne, Gehälter zu kürzen!

Gegen die Überstundenarbeit!- Für gesetzliche Zuschläge von 100% für Überstunden, 150% für Nachtüberstunden, 200% für Feiertagsarbeit!

Für die echte gesetzliche Herabsetzung des Rentenalters auf 60 für männliche, auf 55 für weibliche Ausgebeutete - ohne die Arbeit zu intensivieren, ohne Kürzung der Renten, ohne Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge!

Kampf für den gesetzlichen Mindestlohn von 13 S die Stunde für alle Arbeiter, Angestellte, Arbeiterinnen und weiblichen Angestellten!

Für den gesetzlichen Mindestlohn von 9.50 S die Stunde für alle Jungarbeiter und Jungangestellten beiderlei Geschlechts!

Beim heutigen Stand der Ausbeutung und des Lohnraubes sind diese Mindestlöhne im Interesse aller Ausgebeuteter mehr als gerechtfertigt. Und die Löhne, Gehälter vieler Ausgebeuteter, vor allem weiblicher liegen unter dem Existenzminimum. Das drückt auf die Löhne, Gehälter aller Ausgebeuteten! Auch daher sind jene Mindestlöhne im Interesse der gesamten Arbeiterschaft!

Arbeiter, Angestellte! Lasst Euch nicht ablenken von diesem Kampf durch heuchlerisches Gezeter über "Störung der (Ausbeuter)Wirtschaft"! Lasst Euch nicht abhalten durch den Schwindel, dass dieser Kampf "nicht zeitgemäss", "nicht modern" sei! Die Kapitalistenklasse treibt ihre Ausbeutungs- und Lohnrauboffensive höchst "zeitgemäss", "modern" vor - mit immer raffinierteren Mitteln, Methoden!

Der 1. Mai muss wieder Kampftag der Arbeiterschaft werden! Er muss wieder Eurem ernsten, solidarischen Kampf gegen Ausbeutung und Lohnraub dienen, für die Errichtung gesetzlicher Schranken gegen die Ausbeutung! Der Maiaufmarsch darf keine Prozession, sondern muss Kampfdemonstration sein!

Davon wollen SPÖ, KPÖ, Gewerkschaftsbürokratie nichts wissen! Sie helfen ja den Unternehmern, die Ausbeutung und

den Lohnraub zu vergrössern:

Passiv - indem sie Euch die Tatsachen der Ausbeutung verschweigen, Euren wirksamen Kampf gegen Ausbeutung und Lohnraub bremsen, durchkreuzen!

Aktiv - indem sie den kapitalistischen Ausbeutungs- und Lohnraubfeldzug mitmachen: in der Paritätischen Kommission, in Aufsichtsräten der staatskapitalistischen Unternehmungen, und vor allem im Produktivitätszentrum, das dem systematischen Organisieren, Betreiben der Ausbeutungsoffensive gegen Euch dient! Kein Wunder, dass SPÖ, KPÖ, Gewerkschaftsbürokratie die Namen derjenigen, die als "Arbeitervertreter" am Produktivitätszentrum teilnehmen, möglichst geheim halten!

Fordert, dass SPÖ, KPÖ, Gewerk = schaftsbürokratie die Namen dieser angeblichen "Arbeitervertreter" veröffentlichen!

Fordert, dass diese sogenannten "Arbeitervertreter" am 5. eines jeden Monats veröffentlichen, in welchen Betrieben und um wieviel im abgelaufenen Monat die kapitalistische Produktivität und dadurch die Ausbeutung gesteigert wurde!

Bleibt Euch bewusst beim Kampf gegen Ausbeutung und Lohnraub: diese werden solange weitergehen, solange die kapitalistische Ausbeuterwirtschaft - ob privat - oder staatskapitalistisch - nicht endgültig überwunden ist! Daher müsst ihr Euren Kampf gegen Lohnraub und Ausbeutung, für gesetzliche Schranken gegen die Ausbeutung stets passend verknüpfen mit dem Kampf für Staat und Wirtschaft der proletarischen Demokratie. Denn diese bildet den einzigen Übergangsweg zum demokratischen Weltsozialismus!

Arbeiter, Angestellte! Zum wirksamen Bekämpfen der Ausbeutung und des Lohnraubes, zum schliesslichen Erkämpfen des demokratischen Weltsozialismus braucht ihr unbedingt eine Euch ergebene ehrliche Arbeiterpartei! Weder SPÖ, noch KPÖ sind solche Parteien, obwohl sie es vorzuschwindeln suchen.

Lasst Euch nicht täuschen durch die SPÖ! Ihr Wesen hat sich nicht geändert, trotz sogenannter "Opposition"! Sie setzt fort die Zusammenarbeit mit der rechtskapitalistischen ÖVP und FPÖ - siehe die Koalitionsregierungen der Bundesländer - ja rühmt sich dessen noch!

Überprüft Eure eigenen bitteren

Erfahrungen seitdem die kapitalistische Koalitionsregierung der ÖVP und SPÖ nicht mehr besteht! Hat die angeblich "sozialistische" Partei Euch zum ernsten Kampf gegen Ausbeutung und Lohnraub auch nur aufgerufen, geschweige denn in diesen und in diesem Kampf geführt? **N e i n !** Sie sucht Euch immer wieder davon abzubringen! Ausbeutung und Lohnraub werden weiter gesteigert - unter aktiver Beihilfe der SPÖ, ihrer Vertreter in Produktivitätszentrum, Paritätischer Kommission, usw.!

Um das zu verschmieren, Euch "Kampf" vorzugaukeln, drischt die SPÖ Phrasen, vor allem im Parlament. Ihr "Sozialismus" ist - Schwindelsozialismus: Sozialismus in Worten, Schwindel in der Tat! Sie will Euch damit nur zugunsten der Sozialbürokratie politisch ausnützen! Die SPÖ will ja "das Vertrauen a l l e r gewinnen"- auch Eurer kapitalistischen Ausbeuter! Das ist jedoch nur möglich auf Eure Kosten, wie Euch gerade die Erfahrung der vergangenen zwölf Monate beweist!

Und die KPÖ? Ihr "Kampf gegen das Kapital" ist ebenfalls leere Phrase! Auch sie rührt ernstlich keinen Finger gegen Ausbeutung und Lohnraub. Ihr "Kommunismus" ist - Schwindelkommunismus: Kommunismus in Worten, Schwindel in der Tat! Sie will Euch damit für die
nür

Stalinbürokratie politisch Ausschmarotzen! Die KPÖ gleicht sich immer mehr der SPÖ an. Kein Wunder, dass jetzt auch führende KP-Bürokraten Ehrenzeichen für "Verdienste um die Republik Österreich", dh. um deren Ausbeuterklasse erhalten!

Arbeiter, Angestellte! Die w a h r e Arbeiterpartei, die ihr so dringend braucht, muss neu geschaffen werden!

L ö s t Euch daher von der schwindelsozialistischen SPÖ u n d der schwindelkommunistischen KPÖ, die Euch zugunsten der Arbeiterbürokratie ausschmarotzen!

H e l f t mit beim Aufbau der wahren, proletarischdemokratischen Arbeiterpartei!

S t ä r k t ihre Vorkämpferin, die
PROLETARISCHE VEREINIGUNG ÖSTERREICHS!

TATSACHEN - KURZ VERMERKT.....

Im Zuge ihrer Rauboffensive erlegt die Bourgeoisie den Massen laufend Mehrbelastungen auf. So auch bei jener Kraftfahrzeugklasse, die - wenn überhaupt - für die Arbeiter und Kleinbürger in Frage kommen. Wir erinnern dabei an die jüngst vergangenen Benzinpreiserhöhungen, an die generelle Erhöhung der Kfz. Steuer und die geplante Prämienerrhöhung von 48% bei der Haftpflichtversicherung.

Demgegenüber sind die Kapitalisten bestrebt, die Kosten für ihre eigenen Luxusautos kräftig zu senken. Dazu gehört als eine der letzten Massnahmen die Kraftfahrzeugsteuersenkung für Wagen ab 2 500 ccm auf ein Drittel des bisher geltenden Steuersatzes. Das macht bei Fahrzeugen über 5 000 ccm eine Senkung von 8 100 S auf 2 700 S aus. Diese Steuerermässigung betrifft rund 1 200 - 1500 Autos der absoluten Spitzenklasse, die als Luxusgüter einer besonders hohen Besteuerung unterliegen müssten. Die Eigentümer solcher Autos ersparen sich durch diese Massnahmen laut Finanzministerium 7,2 Millionen Schilling jährlich.

Betrachtet man diese Tatsache im Zusammenhang mit den sonstigen Steuer geschenken für die Bourgeoisie (3,5 Mrd. Schilling aus den "Wachstumsgesetzen") und dem fortgesetzten Steuerraub an den werktätigen Massen, so erkennen wir die Konsequenz, mit der die Kapitalisten in der Steuerfrage ihre Klassenpolitik verfolgen.

TATSACHEN - KURZ VERMERKT.....

Die AZ vom 13.5.67 raunzt wieder einmal über die hohen Salatpreise. Sie schickten im Zuge ihrer Scheinaktionen einige Oberbürokratinnen auf den Naschmarkt, "um sich über das Salatproblem zu informieren". Die Schlussfolgerung, zu der das Frauenzentralkomitee der verräterischen SPÖ kam, ist umwerfend: "Die Salatpreise sind zu hoch und deshalb kaufen die Hausfrauen zu wenig Salat!"
.....Und???

Mit von der Partie war wieder Nationalrätin Gertrude Wondrack, die schon voriges Jahr das intensive Marktbeobachten durch die SP Bürokratie zuge sagt hat, also das noch intensivere Zu-

schauen, wenn die Bourgeoisie die Preise hochschraubt. Dieses Versprechen haben sie dann auch gehalten. Sogar laut dem neuen Verbraucherpreisindex, der die tatsächlichen Preiserhöhungen noch stärker verschmiert, sind die Preise gegenüber dem vorigen Jahr um ca. 4% hinaufgetrieben worden. Der wirkliche Preisauftrieb ist noch bedeutend stärker als in dieser bürgerlichen Statistik ausgewiesen.

Eine Formulierung in diesem AZ Artikel zeigt besonders krass den abgründigen Verrat der verkleinbürgerlichten und immer mehr verbürgerlichenden SPÖ. Sie beleuchtet ihre kapitalistische Politik, ihre Verneigung vor dem Profit. Nicht nur die Endinteressen des Proletariats sondern immer mehr auch dessen unmittelbaren Tagesinteressen verrät die Sozial- und Gewerkschaftsbürokratie, die durch sie entarteten Parteien.

"Die Hausfrauen sind nicht an katastrophal niedrigen Preisen zum Nachteil der (kapitalistischen) Produzenten und (kapitalistischen) Händler interessiert. Was sie verlangen, vernünftig kalkulierte und für ihre schmalen Geldbörsen erträgliche Preise".
....katastrophal niedrige Preise!!!!
....vernünftige Preise!!!!
....erträgliche Preise!!!!

Ausgebeutete, unterdrückte Proletarier:

Wir kennen keine katastrophal niedrige Preise für Massenverbrauchsgüter. Wir kennen nur katastrophal hohe Preise, die unseren Reallohn immer wieder drücken und den Kapitalisten ungeheure Überprofite bringen. "Katastrophal" niedrige Preise auf Kosten des Profits begrüßen wir. Dafür kämpfen wir in unserem Tageskampf, obwohl wir uns keinen Illusionen hingeben, dass es für längere Zeit möglich ist, den Profit der Bourgeoisie "katastrophal" zu senken. Das verhindern die beiden kapitalistischen Machthebel, kapitalistische Staatsmaschine und kapitalistisches Klasseneigentum an den entscheidenden Produktionsmitteln. Die Ausrichtung unseres Tageskampfes im Kapitalismus bleibt es trotzdem, für Preissenkungen zu kämpfen, da nur so die unmittelbare Lebenshaltung der Massen unter den Bedingungen der Lohnsklaverei verbessert werden kann. Letztlich können unsere Lebensbedingungen nur durch Überwindung des Lohnsystems, durch die Zerschlagung

der kapitalistischen Machthebel und Auf-
richtung der proletarischen Macht dauer-
haft verbessert und gesichert werden!

Für uns gibt es keine vernünftig kal-
kulierten Preise. Die Kapitalisten kal-
kulieren Profit. Solche Preise sind
von unserem Klassenstandpunkt aus nie
und nimmer vernünftig. Wir beugen uns
keiner kapitalistischen Vernunft!!!

Erträgliche Preise und Löhne sind
uns unbekannt! Das kapitalistische Joch
mit Lohnarbeit und der ausschliesslichen
Ausrichtung auf den Profit ist uns uner-
träglich. Solange wir in diesem Joch le-
ben müssen, weil wir noch nicht genügend
Macht haben, es zu zertrümmern, gibt es
für uns nur den Kampf um höhere Löhne
und niedrigere Preise für unsere Lebens-
mittel im weiteren Sinn. Wie der Kampf
um das grössere Stück Brot konkret auch
stehen mag, wir werden uns mit unsrem
Anteil nicht zufrieden geben. Erträglich
mag es den satten Bürokraten sein, auf
unsere Kosten zu schmarotzen und gut zu
leben, - uns, der Arbeiterklasse ist es
unerträglich!!!!

Wo haben die Verratsparteien, die
Gewerkschaftsbürokratie anderes als
Phrasen gegen den ständig fortschreiten-
den Preisraub? Durch ihre Passivität
gegen die Preistreiber sind sie mit =
schuldig an dieser kapitalistischen
Rauboffensive, ihr Gewährenlassen ist
der Wirkung nach kapitalistische Poli-
tik!!!

Darum:

Proletarisch revolutionäre Massenaktion
statt Geraunze!

Proletarisch revolutionärer Boykott
statt "Marktbeobachtung"!

Proletarischrevolutionärer Streik statt
"Informationsspaziergängen"!

Proletarischrevolutionäre Demonstration
statt Parlamentsanträgen!

Ihr habt keine ehrliche Führung Ar-
beiter! Kämpft gegen die Bourgeoisie.
Kämpft gegen deren ständige Angriffe
auf Eure unmittelbaren Lebensinteressen.

Soll dieser Kampf wirklich erfolgreich
sein, so müsst ihr Euch Eure eigene
ehrliche Klassenführung schaffen.

Dazu ist unumgänglich notwendig:

Bruch mit den Verratsparteien SP, LP,
STP!

Aufbau der echten PROLETARISCHDEMO-
KRATISCHEN ARBEITERPARTEI!!!

Nur unter deren Führung werdet ihr im-
stande sein, wirklich proletarisch-revo-
lutionäre Kampfaktionen gegen die kapi-

talistischen Preistreiber zu setzen.

Die Parlamentskretins

=====

Die Verratsparteien predigen bei je-
der Gelegenheit die Ausschliesslichkeit
des bürgerlichen Parlamentes als Ort
für den Kampf um Arbeiterinteressen.

Als Anbeter der Mehrheit in dieser
"Volksvertretung" benutzen sie das mit
Vorliebe als Ausrede für ihren Verrat
und ihre ständigen Kapitulationen. Im
Zusammenhang mit den spontanen Protest-
streiks der Arbeiter gegen die habsbur-
gischen konterrevolutionären Provoka-
tionen stellte Oberjudas Kreisky dezi-
diert fest: "Wir demokratischen Sozia-
listen lehnen den politischen Streik
als Mittel zur Durchsetzung von Arbei-
terforderungen grundsätzlich ab. Unter
meinem Vorsitz wird sich die SPÖ nicht
der Strasse als Druckmittel bedienen.
Der Boden zur Klärung politischer Fra-
gen ist für uns das (bürgerliche) Par-
lament"! Diese Äusserung Kreiskys muss
als Stellungnahme der verräterischen
Sozialbürokratie, der von ihr beherrscht
Organisationen, in der entscheidenden
Frage aufgefasst werden, wo das
Proletariat den Kampf um seine dringen-
sten Lebensinteressen zu führen hat
und welcher Mittel, Formen es sich dabei
zu bedienen hat.

Die bürgerliche Demokratie

Jede Demokratie ist Klassendemokratie,
ist eine Form der Herrschaft einer Klas-
se über eine andere. Die bürgerliche
Demokratie ist Demokratie für die ver-
schwindende Minderheit der Kapitalisten
und Diktatur gegen die ausgebeuteten
und unterdrückten Massen, die die über-
wiegende Zahl des Volkes ausmachen. Sie
ist die verhüllte Form der kapitalisti-
schen Klassenherrschaft, maskiert durch
den Schwindel der Beteiligung der aus-
gebeuteten Massen an "Volksentscheiden",
Wahlen. Dadurch entsteht der trügerische
Schein einer Selbstregierung des Volkes,
die Illusion einer Demokratie an sich,
die über den Klassen schwebt und einer
"absoluten Gerechtigkeit" dient. Diese
Lieblingsform der Bourgeoisie zum Nie-
derhalten der Massen täuscht vor, dass
es keine Unterdrückung gibt, sondern
ein in freier Selbstbestimmung gewoll-
tes Einordnen in gemeinsam festgesetzte
Rechte und Pflichten, niedergelegt in
wunderschönen kapitalistischen (Papier-)

Gesetzen. All die schönen Rechte und Freiheiten haben allerdings eine sehr handfeste Grundlage: die kapitalistisch klassenmässig aufgebaute Staatsmaschine mit ihrem wichtigstem Teil, dem kapitalistischen Machtapparat. Diese garantieren durch ihre Automatik, dass nichts geschieht, was den Profit und das kapitalistische Klasseneigentum ernstlich gefährden könnte. Der kapitalistische Staatsapparat, das sind die eisernen Ketten des Proletariats. Die bürgerlichdemokratischen Vorteile sind die Staffage; sie hüllen die kapitalistischen Ketten in Watte und Samt, um sie den Massen schwer erkennbar zu machen. Die Hauptmittel zum Verblöden der Unterdrückten sind das bürgerliche Parlament, die bürgerlichdemokratischen Rechte und die bürgerlichen Reformen.

Das bürgerliche Parlament.

Auch dort wo das Parlament aus allgemeinen, gleichen und direkten Wahlen hervorgegangen ist, ist es ein Teil des kapitalistischen Staatsapparates. Es muss auf Grund seiner hauptsächlich dem Täuschen dienenden Funktion als ein Teil des Immunsierungsapparates angesehen werden. Das bürgerliche Parlament soll die Einbildung hervorrufen und fördern, dass die Werktätigen einen Anteil an der staatlichen Willensbildung besitzen, dass der "Staatswille" aus dem "Wollen des Volkes" abgeleitet ist und nur den Nutzen der Allgemeinheit als Richtschnur ansieht. So soll der irreführende Eindruck hervorgerufen werden, dass die Volksgesamtheit die kapitalistischen Staatsangelegenheiten entscheide. Der Weg seien die Wahlen zum bürgerlichen Parlament.

Das Parlament wird bengalisch beleuchtet. Es wird in den Vordergrund des öffentlichen Lebens geschoben und vereint so die gesamte Aufmerksamkeit auf sich. Gross herausgebrachte Parlamentsberichte und Übertragungen von "Redeschlachten", Zwischenrufen usw. stärken diesen Schein. Das Parlament erscheint den Massen als das Zentrum der Staatsmacht, ja als die Staatsmacht selbst. So sehen die Unterdrückten in den Wahlen, im Kampf mit dem Stimmzettel einen Weg, um über die Mehrheit im Parlament immer mehr Macht auf sich zu vereinen, letztlich die (kapitalistische) Staatsmacht zu erobern; ohne revolutionären Kampf auf Leben und Tod

ohne sich auf diesen vorbereiten zu müssen. Dies ist der politische Hauptzweck der bürgerlichen Parlamentsmaschinerie.

Was im Parlament auch immer geredet, beantragt und beschlossen wird, an der kapitalistischen Zusammensetzung des Staatsapparates, am kapitalistischen Charakter des Staates, an der Tatsache dass die kapitalistische Macht in den Händen der Bourgeoisie ist, ändert sich gar nichts.

Selbst die allerdemokratischsten Wahlen sind eine Farce. Einmal in 4 Jahren dürfen die Massen entscheiden, wer sie vertreten (bzw. wer sie zertreten) soll. Die Ausgangsposition für die Wahlen sind für die Kapitalisten unvergleichlich besser. Sie haben die Mittel der Massenbeeinflussung in ihren Händen, ob es sich nun um Presse, Rundfunk, TV, Versammlungssäle, Flugblätter oder sonst was handelt. So werden die Wahlen unter dem übermächtigen Druck der Bourgeoisie durchgeführt. Besonders die bewusstseinsmässige Schwäche eines Grossteils der Massen, hervorgerufen durch die drückenden Bedingungen der kapitalistischen Lohnsklaverei, wird von der Bourgeoisie für ihre Zwecke ausgenutzt. Deshalb können Wahlen nie und nimmer dem Klassenwillen der Arbeiter und armen Bauern Ausdruck verleihen, solange die Kapitalistenklasse ihre beiden Machthebel fest in der Hand hält. Die überwiegende Mehrzahl des Volkes wird nie und nimmer die Mehrheit im bürgerlichen Parlament erobern können. Der kapitalistische Staatsapparat wird es, solange er intakt ist, zu verhindern wissen. (Eine Mehrheit der Verratsparteien wie SP, STP ist keine Mehrheit der Arbeiterklasse. Diese machen kapitalistische Politik, bewegen sich als "Regierungsparteien" auf der Grundlinie der kapitalistischen Klasseninteressen und tasten grundsätzlich die kapitalistischen Machthebel nicht an.)

Wenn sich die Bourgeoisie ernstlich der Gefahr gegenübergestellt sieht, dass die Werktätigen die Mehrheit gewinnen könnten, so ändert sie das Wahlrecht, schränkt die parlamentarischen Befugnisse ein, sprengt die Versammlungen der Arbeiter, sperrt deren Führer ein und beseitigt schliesslich - wenn nötig - das ganze Parlament. Die Ereignisse in Griechenland, wo die Kapitalisten einer für sie unangenehmen Wahl einfach da-

durch aus dem Weg gingen, dass sie die offene Militär- und Polizeidiktatur aufrichteten, bestätigen diese Tatsachen.

Doch selbst eine parlamentarische Mehrheit der Revolutionspartei könnte nicht über Parlamentsbeschluss die kapitalistische Staatsmaschine zerbrechen. ("Auflösungsorder") Die Bourgeoisie würde sich dem nie freiwillig beugen. Nur revolutionäre Massenaktionen können das erzwingen, durchführen. Niemals ein Parlamentsbeschluss. Dasselbe gilt für entscheidende Tagesfragen, sofern die Erleichterung für die Massen auf Kosten des Profits geht. Die Kapitalistenklasse lässt sich durch einen Parlamentsentscheid genausowenig den Profit ernstlich beschneiden, wie sie davon die Staatsmacht antasten lässt. Spürbare bürgerliche Reformen, echte Verbesserungen der sozialen Lage der Arbeiter können - wenn überhaupt - nur durch ausserparlamentarische Machtentfaltung in Form von revolutionären Streiks, revolutionären Demonstrationen usw. der Bourgeoisie aufgezwungen werden. Diese revolutionär druckausübenden Aktionen dem Parlamentskampf unterzuordnen, bedeutet dem Arbeiterkampf die Spitze zu nehmen, ihn zu leerem Geschwätz ohne realem Nachdruck herabzusetzen.

Die Lakaien

Es Würde der Bourgeoisie und ihren bürgerlichen Parteien allein auf keinen Fall gelingen, die Illusionen in den Massen aufrechtzuerhalten. Die entscheidende Schützenhilfe leisten ihr dazu ihre kleinbürgerlichen Helfer, die verräterische SP, STP und Gewerkschaftsbürokratie. Nur durch deren aktives mitarbeiten im Parlament erhält sich dieses den Schein eines "Kampfforums", wo um proletarische Interessen gerungen wird. Ständig verbeugt sich die Sozialbürokratie vor der Autorität des bürgerlichen Parlaments. Durch ununterbrochenes Hinlenken der Blicke der Ausgebeuteten auf den Parlaments"kampf" werden den Massen Illusionen in diesen Teil des kapitalistischen Immunisierungsapparates eingeimpft und wachgehalten.

Zur Massentäuschung werden von den Verrätern auch grundsätzlich nur Namen verwendet, die über den Klasseninhalt der bürgerlichen Demokratie hinweggehen. Dazu gehört "die Demokratie", "unser Parlament", "der Volksstaat", usw., Begriffe

die aus dem Judasarsenal nicht wegzu-denken sind und bewusst zur Verwirrung eingesetzt werden.

Die Wirklichkeit des opportunistischen "Parlamentskampfes".

Die allgemeine Einschätzung zum Opportunismus in der Frage des Parlaments wird tagtäglich durch die konkreten Erfahrungen bestätigt. Denn wie es um die tatsächlichen Möglichkeiten steht, ausschliesslich im Rahmen des kapitalistischen Parlaments Erfolge, Reformen zu "erkämpfen", zeigt uns die Bilanz von einem Jahr parlamentarischen "Kampf" der Sozialverräter (Sozialisten in Worten, Verräter in der Tat).

Grossmülig legte die SP in ihren Sektionen eine fünfseitige Sammlung ihrer "Initiativanträge im Nationalrat (April 1966 bis April 1967)" auf. Die angeführten Anträge betreffen Tagesfragen der Arbeiter und anderen Werktätigen wie die Erhöhung der Witwenpensen um einen beschäideten Prozentsatz, die Verbesserung der Abfertigungsansprüche der Arbeiter, eine Verbesserung des Kündigungsschutzes, bessere Urlaubsbestimmungen, Krankenentgelte, usw. Auf sozialpolitischem Gebiete also Forderungen, die zweifelsohne im Interesse der Verbesserung der unmittelbaren Kampfbedingungen der Massen liegen, aber keineswegs den Profit ernstlich gefährden. Erstmals seit 20 Jahren wurde die Frage des Standrechtes aufge- rollt und dessen Abschaffung "gefordert". Mit keinem Wort erwähnte die Sozialbürokratie, dass sie selbst lange Jahre für das Justiz und Innenministerium verantwortlich war, ohne das Standrecht zu erwähnen, geschweige daran zu rüteln. Diese Offensive in der Standrechtfrage soll vor allem als Alibi vor den Massen dienen. Die Sozialverräter wissen, dass die Bourgeoisie dieses Schnellverfahren mit all den damit verbundenen Konsequenzen (Todesstrafe, keine Berufung möglich, usw.) gegen die Massen einsetzen wird, sobald es ihr nötig erscheint. Dann wollen die Verräter ihre Hände in Unschuld waschen und sich auf ihre "Initiativanträge" ausreden.

Die grossen Reden, die in den Debatten geschwungen wurden, interessieren uns nur beschränkt. Entscheidend ist, was mit diesen Initiativanträgen erreicht wurde, denn dies entscheidet

über die Wirksamkeit einer Politik und damit über ihre Richtigkeit.

Kleinlaut musste die Sozialbürokratie in ihrem Parteiorgan (AZ vom 8. 5. 67) zugeben, dass alle "Initiativen" nur als Feigenblatt gegenüber den Arbeitern gedacht sind, dass sie ohne gehörigen Druck durch ausserparlamentarische Kampfaktionen (revolutionärer Streik, Demonstrationen, Boykott, Agitation dafür) nicht das Papier wert sind, auf denen sie geschrieben sind. "VP unterdrückt 28 SP-Anträge. Witwenpensionen, Standrecht usw unerledigt", stellt sie resignierend fest. Nichts zu machen, wir haben alles versucht! Die Bourgeoisie nimmt die Anträge entgegen, klopft den Herren Arbeiterbürokraten auf die Schultern und wirft die Anträge in den Papierkorb. Sie ist nicht einmal bereit, mit den Sozialverrättern darüber zu diskutieren. Wozu auch? Sie kennt den Feigenblattcharakter der Schwindelinitiativen und weiss, dass kein ernstlicher Kampfwillen dahintersteckt. Darüber mault die AZ: "...allerdings hat es die ÖVP bisher immer abgelehnt, die sozialistischen Anträge in den Nationalratsausschüssen beraten zu lassen."

"28 Anträge unterdrückt!" Wir zählen nach: 28 Anträge hat die Sozialbürokratie eingebracht und 28 wanderten in den Papierkorb!!! Was kann die Wirkungslosigkeit des opportunistischen Kampfes im Parlament noch Krasser beleuchten? Richtig verstanden: Wirkungslos für die dringenden Lebensbedürfnisse der Massen; äusserst wirksam im Täuschen der Massen, im Stärken der Illusionen in die parlamentarischen Aktivitäten der Sozialverräter, ihrer Verratspartei.

Äusserst wirksam im Abhalten der Massen von echten Kampfaktionen gegen die Kapitalistenklasse* (Auch die Stalinpartei arbeitete und arbeitet mit derselben Schwindelpolitik. Nur ist sie nicht mehr im kapitalistischen Parlament vertreten, was sie täglich bitter beklagt und....als Ausrede für ihren Verrat benutzt.)

"Den Klassenkampf auf einen Kampf innerhalb des Parlaments beschränken oder einen derartigen Kampf als höchstens, entscheidenden, sich alle anderen Formen unterzuordnenden zu betrachten, heisst tatsächlich zur Bourgeoisie überzugehen." (Lenin: Die Wahlen zur konstituierenden Versammlung und die Diktatur des Proletariats. 1919)

*die dadurch ungehindert die Ausbeutungsoffensive weiterführen kann.

Damit sprach Lenin schon vor fast 50 Jahren das vernichtende Urteil über die Parlamentspolitik der verkleinbürgerlichen und immer mehr verbürgerlichenden "Arbeiter"parteien, über alle vergangenen und noch kommenden Kreiskys, Muhris, Benyas, und Kösorten.

Revolutionäres Ausnützen des kapitalistischen Parlaments.

Da die bürgerliche Demokratie samt ihrem Parlament die Machthebel und damit die Quellen der Leiden der Massen aufrechterhält, lehnen wir diese prinzipiell im Sinne von allgemeinen als untauglichen Weg zur Befreiung der Arbeiterklasse, der gesamten Menschheit von Ausbeutung und Knechtschaft ab. Es ist aber eine Tatsache, dass grosse Teile der Massen Illusionen in diese Institutionen haben. Wir müssen daher richtig vorgehen, um den Massen das Erkennen des wahren Inhalts des Parlaments zu erleichtern, sie auf den revolutionären Weg zu lenken. Das heisst wir dürfen den Kampf im bürgerlichen Parlament nicht überhaupt verwerfen, Denn, richtig geführt, ist dieser Kampf nicht bedeutungslos, sondern ein wichtiges Mittel zur Entlarvung des Parlamentarismus und den ihn deckenden Schmarotzerparteien.

Richtig geführt ist dieser Kampf, wenn die proletarische Partei ihre parlamentarische Tätigkeit bedingungslos unterordnet dem Vorbereiten, durchführen der proletarischen Revolution und eben darum dem ausserparlamentarischen Kampf der Partei, der ausserparlamentarischen Massenaktion. Mit diesem Prinzip steht und fällt die proletarische Klassenpolitik in dieser Frage. Dieses Prinzip zu brechen bedeutet, sich auf die selbe Stufe wie die opportunistischen Parlamentskretins SP, STP zu stellen.

Auf dieser Grundlinie geführt, bietet uns das revolutionäre Ausnützen des bürgerlichen Parlaments unter anderem folgende Vorteile:

1) Die Wahlen bieten uns eine gute Gelegenheit, die Arbeiter, Kleinbürger und Kleinbauern mit der revolutionären Kritik und Propaganda vertraut zu machen. Wir können vor den Massen die jeweiligen Tagesfragen durchleuchten und unsere Lösungsvorschläge dazu vorbringen. Wahlversammlungen sind für

uns ein Mittel zur Massenmobilisierung.

2) Das Ergebnis der Parlamentswahlen ermöglicht es uns, ein Bild über den Anhang der proletarischen Revolutionäre als auch der anderen Parteien zu gewinnen. Der Wahlausgang ist so ein Gradmesser für den Entwicklungsstand des Massenbewusstseins.

3) Haben wir Vertreter unserer Partei im Parlament, so können wir nicht nur von aussen, sondern auch von innen gegen den damit betriebenen Schwindel auftreten. Solange eine genügend grosse Zahl von Ausgebeuteten noch Vertrauen in dieses Instrument der Bourgeoisie haben, müssen wir den Betrug gerade von dieser Tribüne aufdecken, die von den rückständigen Schichten der Werktätigen als die wichtigste angesehen wird. Wir müssen die Machenschaften der Bourgeoisie und ihrer Lakaien von hier aus aufdecken und den Massen die Wahrheit sagen über die Verhältnisse der Klassen und Parteien, über den bemäntelten Betrug an ihnen. Einen gewissen taktischen Vorteil bietet dabei auch die Immunität der Abgeordneten, wobei wir uns aber keinen falschen Hoffnungen hingeben dürfen, wie ja die griechischen Ereignisse beweisen.

4) Indem trotz intensiver parlamentarischer Bemühungen die wirklichen Entscheidungen immer im ausserparlamentarischen Kräftenmassen fallen, zeigen wir immer wieder den Schwindelcharakter dieser "Volksvertretung" auf. Verknüpft mit revolutionärer Propaganda für die Endziele werden die Massen ihre Illusionen immer mehr verliessen und unter Führung der ehrlichen proletarischen Klassenführung den revolutionären Weg beschreiten.

SP, LP, Stp arbeiten dem Hauptfeind der Arbeiter in die Hände, weil sie den Kampf gegen die Bourgeoisie, den Kampf für die Grundinteressen der Arbeiter tatsächlich preisgeben, verraten, um der entarteten, parasitischen Arbeiterbürokratie Vorteile auf Kosten der werktätigen Massen zuzuschancen. Deshalb rufen wir Euch zum Bruch mit den Judasparteien auf.

Um erfolgreich zu sein, muss der Arbeiterkampf auf der Linie der allen Arbeitern der ganzen Welt gemeinsamen Interessen, auf der Linie der internationalen Revolution geführt werden. Dazu bedarf die Weltarbeiterklasse einer neuen ehrlichen Klassenführung,

der

proletarischdemokratischen Arbeiterpartei.

Dieses Klassenhirn muss so schnell wie möglich geschaffen werden!

Darum stärkt durch Eure aktive mitarbeit die

Proletarische Vereinigung Österreichs,

die die Vorarbeiten für das Herausbilden der neuen Klasseninternationale auf sich genommen hat.

15.5.67

K.L.